

NACHRICHTEN

Berlusconi soll Richter bestochen haben

MAILAND: Der italienischen Medienunternehmer und Ex-Ministerpräsident Silvio Berlusconi muss sich in Mailand wegen Bestechung von Richtern verantworten. Berlusconi war am Donnerstag nicht zum Verfahren vor Gericht erschienen. Die Staatsanwaltschaft warf ihm zur Prozessöffnung vor, Anfang der 90-er Jahre Richter bestochen haben, damit sie in Verfahren gegen sein Medienunternehmen milde Urteile fällen. Mitangeklagt sind der frühere Verteidigungsminister und Ex-Berlusconi-Manager Cesare Previti sowie ein Richter. Den Angaben zufolge geht es um Bestechungsgelder in Höhe von 400 Millionen Lire, rund 328 000 Franken. Die Staatsanwaltschaft sprach von einem «schweren Schaden für den ganzen Richterstand». Folge sei «eine Welle des Misstrauens» der Bürger.

Griechenland will zur Währungsunion

BRÜSSEL: Griechenland will sich als zwölfter Staat an der EU-Währungsunion beteiligen. Die griechische Regierung bewarb sich am Donnerstag offiziell um die Aufnahme in die Euro-Zone. Die EU-Kommission begrüßte den griechischen Antrag. Ministerpräsident Kostas Simitis erklärte in Athen, dies sei ein historischer Tag für das Land. «Eine neue Ära der Sicherheit, der Stabilität, der Entwicklung und des Wohlstands beginnt», sagte er.

Bradley und McCain steigen aus



WASHINGTON: Die Präsidentschaftsbewerber Bill Bradley (links) und John McCain (rechts) werfen das Handtuch. Der Demokrat Bradley gab am Donnerstag offiziell seinen Ausstieg aus dem Rennen um das Weiße Haus bekannt. Der Republikaner McCain will seine Kampagne suspendieren. Bradley gab im US-Bundesstaat New Jersey seinen Verzicht bekannt und teilte mit, er werde künftig seinen bisherigen Rivalen, Vize-Präsident Al Gore, unterstützen. Er zieht damit die Konsequenzen aus seiner Niederlage am Super-Tuesday, als der frühere Basketball-Star in keinem der insgesamt 16 Bundesstaaten gewonnen hatte. Der republikanische Bewerber Senator John McCain gab nur wenig später in seinem Heimatstaat Arizona bekannt, er suspendiere seine Kampagne und werde den Wahlkampf einstellen. De facto gab er damit ebenfalls das Rennen um das Weiße Haus auf.

Kiewer Kommunisten-Zentrale besetzt

KIEW: In Kiew haben mehrere Dutzend Nationalisten am Donnerstag das Parteigebäude der Kommunisten besetzt und ein Verbot der Linken gefordert. Die unbewaffneten jungen Leute drohten, sich und das Haus anzuzünden, meldete die Nachrichtenagentur Itar-Tass am Donnerstag. Überall im Gebäude seien Benzinkanister verteilt worden, sagte der frühere Außenminister der Ukraine, Gennadi Udowenko, nach zweistündigen Verhandlungen mit den Besetzern. Die Parteizentrale wurde von Polizei und Feuerwehr umstellt. Die Eindringlinge bezeichneten sich als Mitglieder der Organisation «Unabhängige Ukraine». Diese tritt für den Abbruch der Beziehungen zu Russland und den Beitritt der Ukraine zur NATO ein.

Serbische Behörden schliessen Sender

BELGRAD: Die serbischen Behörden haben ihre Kampagne zur Schliessung von privaten sowie unabhängigen Radio- und TV-Sendern fortgesetzt. In Belgrad musste am Donnerstag das Sport-Radio «Golf» das Programm einstellen. Am Mittwoch war unter Polizeieinsatz der unabhängige Radiosender «Boom 93» in Pozarevac geschlossen worden.

Optimismus im Nahen Osten

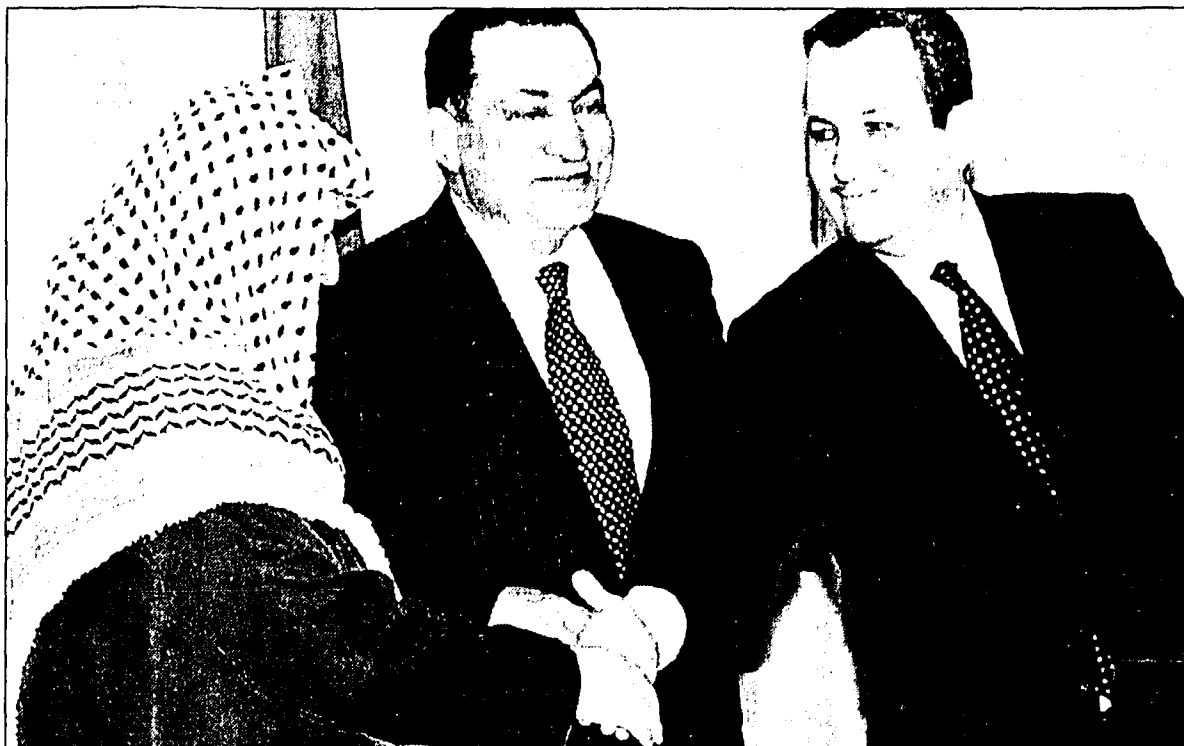
Treffen von Mubarak mit Barak und Arafat

SCHARM EL SCHEICH: Auf einem Gipfeltreffen haben Israelis und Palästinenser am Donnerstag nach ägyptischen Angaben zahlreiche Hindernisse bei der Friedenssuche im Nahen Osten aus dem Weg geräumt.

Als Gastgeber sagte der ägyptische Präsident Husni Mubarak nach einem Treffen mit Palästinenser-Präsident Jassir Arafat und Israels Ministerpräsident Ehud Barak in Scharm-el-Scheich, er habe grosse Hoffnungen. Das Gespräch sei in einer sehr freundlichen Atmosphäre verlaufen.

Nachdem es Barak und Arafat bei einem Treffen am Mittwoch offenbar gelungen war, im Streit um die Übergabe weiterer Gebiete des Westjordanlandes an die Palästinenser voranzukommen, hatten beide Seiten hohe Erwartungen an den Dreiergipfel geknüpft. In der israelischen Presse wurde die Vereinbarung als Kompromiss gewertet.

Bei der Unterredung am Donnerstag seien viele Probleme gelöst worden, sagte Mubarak. Einige Dinge würden in Kürze bekannt gegeben. Einzelheiten nannte er nicht. Bei einem der wichtigsten Streit-



Offenbar Fortschritte wurden anlässlich eines Treffens zwischen dem ägyptischen Präsidenten Husni Mubarak (Mitte), Palästinenser-Präsident Jassir Arafat (links) und dem israelischen Präsidenten Ehud Barak erzielt. (Bild: Key)

punkte zwischen Israeli und Palästinensern kamen die Israeli der palästinensischen Autonomieverwaltung offenbar entgegen. Die palästinensische Seite teilte mit, dass Israel auch an Jerusalem grenzende Ge-

biete räumen wolle. Barak habe versprochen, die Kontrolle über die drei Orte El Ram, El Asahria und Abu Dis abzugeben. Der Sicherheitsberater Baraks, Danny Jatom, schloss im israelischen Radio nicht

aus, dass die Orte vollständig den Palästinensern übergeben werden.

Das Gebiet wird bislang zwar von den Palästinensern verwaltet, für die Sicherheit ist aber Israel zuständig.

Regierung zurückgetreten

OSLO: Norwegens christdemokratischer Ministerpräsident Kjell Magne Bondevik hat am Donnerstagabend in Oslo den Rücktritt seiner Regierung erklärt. Er zog damit im Parlament die Konsequenz aus der Niederlage seiner Regierung bei einer Abstimmung über den Bau von zwei von der Opposition geforderten Gaskraftwerken. Nachdem die Sozialdemokraten und die Konservativen mit ihrer Mehrheit von 88 der 165 Mandate einen Gegenvorschlag der Regierung abgelehnt hatten, erklärte Bondevik, er werde am Freitag König Harald V. seine Rücktrittserklärung überreichen. Er forderte den sozialdemokratischen Oppositionschef Jens Stoltenberg zur Übernahme der Regierungsverantwortung auf. Bondevik hatte im Herbst 1997 eine Minderheitsregierung gebildet. Sie verfügte nur über ein Viertel der Mandate.

Russen auf Vormarsch

Weiter schwere Kämpfe in Tschetschenien

GROSNY: Die russischen Truppen in Tschetschenien haben nach eigenen Angaben die hart umkämpfte Argun-Schlucht im Süden des Landes unter ihre Kontrolle gebracht. Die Armeeführung räumte hohe Verluste ein.

Die Regierungstruppen hätten sämtliche Ortschaften und strategischen Anhöhen rund um das Argun-Tal besetzt, erklärte der russische Generalstab. Die Rebellen berichteten ihrerseits über anhaltende Kämpfe rund um die Ortschaft Komsomolskoje, die fünf Kilometer westlich vom Eingang der Argun-Schlucht liegt.

Die russische Armeeführung räumte hohe Verluste ein. Bei den Kämpfen um die Argun-Schlucht Bergen seien binnen vier Tagen 84 Fallschirmjäger getötet worden, meldete die russische Nachrichtenagentur ITAR-TASS unter Beru-

fung auf einen Sprecher des Generalstabes. Der Vorsitzende der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, Lord Russel-Johnston, kritisierte unterdessen erneut Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien und drohte Moskau mit einem vorübergehenden Ausschluss aus dem Staatenbund.

Eine Delegation des Europarates will am Wochenende in den Nordkaukasus reisen und drängt auf einen Besuch des zerstörten Grosny. Zugleich ist am Wochenende auch eine Erkundungsreise einer Delegation der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) nach Tschetschenien geplant.

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) will nach Tschetschenien zurückkehren, wenn die nötigen Sicherheiten seitens der Russen und der Tschetschenen vorliegen.

Verriet Spion NATO-Ziele?

LONDON: Ein Spion in der NATO hat britischen Medienberichten zufolge zu Beginn des Kosovo-Konfliktes im vergangenen Jahr Bombenziele der Allianz an Belgrad verraten. Die NATO hat die Vorwürfe am Donnerstag zurückgewiesen.

NATO-Generalsekretär George Robertson bestritt, dass ein Spion während des Kosovo-Konfliktes im März 1999 die Bombenziele der Allianz an Belgrad verraten habe. Es handle sich um unbewiesene Behauptungen, erklärte Robertson zu den Berichten der britischen BBC und der Tageszeitung «The Guardian». Die BBC räumte ein, nur von der Studie gehört zu haben. NATO-Militärkreise in Brüssel räumten ein, dass es Bedenken über eine undichte Stelle gegeben habe. Dies habe jedoch nicht bewiesen werden können. Dennoch seien die Sicherheitsmassnahmen verstärkt worden.

Kohl will Schaden ausgleichen

Kohl will mit Spendenaktion 6,3 Millionen für CDU bereitstellen

BERLIN: Der frühere Vorsitzende der deutschen Christdemokraten (CDU) und ehemalige Bundeskanzler Helmut Kohl stellt im Rahmen seiner Spenden-Sammelaktion 6,3 Millionen Mark für seine Partei bereit.

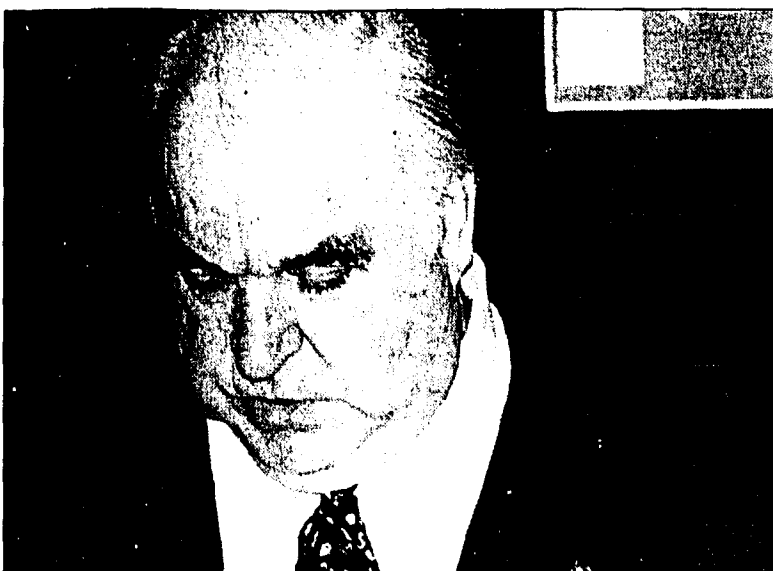
Damit solle der mutmassliche Schaden aus den von ihm eingestanden illegalen Spenden ausgeglichen werden, sagte er am Donnerstag in Berlin. Die Summe werde aufgebracht, 5,9 Millionen seien bereits zusammen.

Der frühere CDU-Chef präsentierte eine Liste von insgesamt 30 Spendernamen. Grösster Einzelspender ist der Münchener Medienunternehmer Leo Kirch mit einer Million Mark. Er selbst und seine Frau würden 700 000 Mark dazu beisteuern, sagte Kohl weiter.

Er werde dabei auch einen Kredit auf die erwarteten Einkünfte aus seinen Erinnerungen aufnehmen. «Das hat nichts mit einem Ablass zu tun», unterstrich Kohl. Er hob noch einmal hervor, dass er seinen Fehler

eingestanden habe. Kohl betonte, dass es sich bei den Geldgebern um deutsche Staatsbürger oder Bürger der EU handle, welche die Spenden aus ihrem versteuerten Einkommen zahlten. Die Beiträge seien steuerlich nicht absetzbar. Durch die im

Widerspruch zum Parteiengesetz stehende Sammlung undeklarierteter Spenden in Höhe von 2,1 Millionen Mark durch Kohl in den Jahren 1993 bis 1998 sind der CDU Zahlungsverpflichtungen in Höhe von 6,3 Millionen Mark entstanden.



Der ehemalige Bundeskanzler Helmut Kohl stellt im Rahmen seiner Spenden-Sammelaktion 6,3 Millionen Mark für seine Partei bereit. (Bild: Key)

Beauftragter für EU-Erweiterung

WIEN: Die österreichische Regierung will einen eigenen Beauftragten für EU-Erweiterungsfragen ernennen. Für diese neu geschaffene Funktion sei der frühere Vizekanzler Erhard Busek vorgesehen, berichtete die österreichische Nachrichtenagentur APA am Donnerstag.

Seine Ernennung solle am Dienstag von der Regierung beschlossen werden. Der 58-jährige Busek war von 1991 bis 1995 auch Chef der konservativen Volkspartei (ÖVP). In dieser Funktion wurde er vom jetzigen Bundeskanzler Wolfgang Schüssel abgelöst. Busek hat sich wiederholt für die Osterweiterung der EU stark gemacht.

Derzeit ist er Vorsitzender des in Wien beheimateten Institutes für den Donauraum und Mitteleuropa. Buseks Bestellung zum Regierungsbeauftragten dürfte im Zusammenhang mit der internationalen Kritik an der neuen österreichischen Regierung stehen, an der neben Schüssels ÖVP auch die rechtsgerichtete Freiheitliche Partei (FPÖ) beteiligt ist.